

Einen Schutzschirm für Menschen

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise ist ein Produkt neoliberaler Politik der Deregulierung der Finanzmärkte, der Liberalisierung und Privatisierung in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten. Millionen Menschen auf der ganzen Welt fürchten um ihre Arbeitsplätze und um ihre Zukunft. Doch einer Verantwortung stellen sich die Wirtschaftseliten nicht - nachdem sie jahrelang von der Liberalisierung der Märkte profitiert haben rufen sie nun nach Staatshilfen um ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen, verbitten sich aber jede weitere Einmischung.

Es ist falsch, wenn die Bundesregierung nun mit Milliardenhilfen aus öffentlichen Geldern die Verluste der Privatwirtschaft sozialisiert, ohne dabei wesentlichen Einfluss auf die zukünftige Gestaltung der Wirtschaft zu nehmen. DIE LINKE fordert eine Verknüpfung der Vergabe von Mitteln mit einer Demokratisierung der Wirtschaft, mit der Ausweitung von Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechten. Der Weg aus der Krise kann nur anhand dauerhafter Regulierung des internationalen Finanzmarktes und mithilfe einer Antikrisenpolitik geschehen, die eine Lösung sozialer

und ökologischer Problemlagen vorantreibt.

DIE LINKE hat mit ihrem „Schutzschirm für Menschen“ ein Antikrisenprogramm entworfen, dessen Ausrichtung nicht eine kurzfristige Hilfe für Unternehmen ist, sondern das auf einen nachhaltigen sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Wandel setzt. Die wichtigsten Punkte dabei sind:

- 1. Belegschaften stärken:** echte paritätische Mitbestimmung einführen und Beschäftigte an Unternehmen beteiligen
- 2. In die Zukunft investieren:** Arbeitsplätze in sozial fortschrittlichen und ökologisch nachhaltigen Bereichen erhalten und schaffen
- 3. Soziale Dienstleistungslücke schließen:** Öffentlichen Dienst ausbauen
- 4. Krisenfolgen abfedern - Schutzschirm für Menschen spannen:** Schaffung 500.000 öffentlich geförderter Arbeitsplätze, Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, sofortige Erhöhung des ALG-II, Verkürzung der Wochenarbeitszeit
- 5. Lasten der Krise gerecht verteilen:** Millionärsabgabe einführen

Das Programm im Detail auf:

www.linksfraktion.de/schutzschirm



Liebe Leserinnen und Leser,



hiermit erhalten Sie nun die zweite Ausgabe der „Korte konkret“ im Jahr 2009. Wie zuvor, habe ich versucht in dieser Ausgabe über meine Tätigkeit als Abgeordneter der LINKEN in Berlin und im Wahlkreis Informationen zusammenzustellen. Im Zeichen der Krise will DIE LINKE endlich einen „Schutzschirm für die Menschen“ aufspannen. Sowohl aus sozialen als auch aus wirtschaftspolitischen Gründen muss es jetzt darum gehen die Hartz IV-Sätze zu erhöhen und endlich einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, von dem man in Würde leben kann. DIE LINKE im Bundestag hat viele praktische Vorschläge gemacht, wie der Krise zu begegnen ist und dabei endlich auch diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die das ganze angerichtet haben.

Im Wahlkreis habe ich in den letzten Wochen erneut Hartz IV - Infotage durchgeführt und habe mehrere Bürgersprechstunden angeboten. Außerdem traf ich mich mit kleinen und mittelständischen Unternehmern um mir ihre Vorschläge, Sorgen und Nöte anzuhören. Wichtig ist mir, dass Sie genau gucken: Wie haben die Abgeordneten der Region im Bundestag zu zentralen Fragen abgestimmt? Hierzu finden sie umfangreiche Hinweise auf meiner Homepage. Und wie immer freuen mein Team und ich uns über Hinweise, Fragen, Kritik und Vorschläge für unsere Arbeit. Denn gerade 2009 gilt: Ganzer Einsatz für eine neue soziale Idee!

Ihr
Jan Korte

Gesetzgeber trägt Schuld an hohem Beratungsbedarf



Eine Gastkolumne von Halina Wawzyniak, stellv. Parteivorsitzende und Rechtsanwältin

Durch die Hartz-Gesetze hat sich die Situation vieler Arbeitslosen und ihrer Familien massiv verschlechtert. Zahlreiche Sozialverbände und Interessenvertretungen kritisieren richtigerweise die im ALG-II Satz angesetzten Beträge als zu gering, sei es bei den Pauschalsätzen für die täglichen Lebenshaltungskosten einer Familie, den notwendigen Anschaffungen im

Haushalt oder dem Bedarf von Schulkindern. Doch damit nicht genug: In der Anwendung des schon für Leistungsbezieher kaum durchschaubaren Regelwerks kommt es immer wieder zu Fehlern in den ARGEn, die teilweise drastische Auswirkungen für die Betroffenen haben. Ein falsch berechneter Leistungsbescheid kann Familien praktisch über Nacht mit leeren Händen dastehen lassen.

DIE LINKE setzt sich für die Überwindung der unmenschlichen Hartz-IV-Gesetze ein. Aber solange diese „Armut per Gesetz“ besteht, können wir die Betroffenen nicht mit ihren Problemen alleine lassen. Ich war deshalb sehr aufgeschlossen, als Jan Korte mich vor gut zwei Jahren bat, zusammen mit

ihm einen Hartz-IV-Informationstag in seinem Wahlkreis durchzuführen. Diesem Infotag folgten weitere u.a. in Bernburg, Bitterfeld, Köthen und Staßfurt. Dass die Infotage stets sehr gut besucht waren zeigt einerseits, dass sich die Menschen aktiv um ihr Recht bemühen, anstatt sich den Behörden passiv auszuliefern. Andererseits wird aber auch der hohe Beratungsbedarf deutlich und nicht überall gibt es einen engagierten MdB oder einen Selbsthilfeverein, der Beratungsangebote organisiert.

Dieses Problem könnte von der Bundesregierung schnell gelöst werden - indem Hartz-IV von einer funktionierenden sozialen Grundsicherung abgelöst wird.

Arbeitnehmerdatenschutz in den Duden aufnehmen



Mit der „flexicurity-Strategie“ der Europäischen Union manifestiert sich seit Jahren auch in Deutschland der Wunsch des Kapitals nach immer mehr „flexiblen“ MitarbeiterInnen. Zu deutsch: nach ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern, die bereit sind, von heute auf morgen den Wohn- und Arbeitsort zu wechseln, die sich im Zweifel gegen Familie und für einen Niedriglohnjob entscheiden oder die in Kauf nehmen, dass ihre Tätigkeit am Arbeitsplatz lückenlos vom Chef überwacht wird.

Seitdem ist es beispielsweise zulässig, auf begründeten Verdacht hin Computer von Arbeitnehmern zu durchsuchen und z.B. bei

untersagter privater Nutzung Kündigungen auszusprechen. Es war vor dem Hintergrund dieser arbeitnehmerfeindlichen Politik nur eine Frage der Zeit, bis in Unternehmen nicht mehr nur einzelne, sondern alsbald alle Mitarbeiter unter Verdacht gerieten und lückenlos überwacht wurden. Bei LIDL waren es Videoüberwachungen in Umkleidekabinen, bei der Telekom die Überwachung des E-Mail-Verkehrs und bei der Bahn schließlich die Ausforschung von Kontobewegungen und Pressekontakten.

Allen Überwachungsmaßnahmen ist eines gleich: Sie wurden nur nach und nach öffentlich und betrafen nahezu alle Mitarbeiter in

den genannten Unternehmen. Der gesetzliche Datenschutz machte also am sprichwörtlichen Werkstor halt. Doch nicht nur da. Auch Duden und Große Koalition im Bundestag kennen das Wort und den Gehalt eines wirkungsvollen Arbeitnehmerdatenschutzes nicht.

Jan Korte und DIE LINKE hatten dem Parlament deshalb bereits im vergangenen Dezember einen umfangreichen Antrag (Drs. 16/11376) für ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz vorgelegt. Im Kern geht es darin um eine stärkere Kontrolle der Aktivitäten von Betriebsführungen, die stärkere Beteiligung der Beschäftigten an Betriebsentscheidungen, einen wirksamen Schutz personenbezogener Daten von Beschäftigten, eine nachhaltige und ausreichende materielle, personelle und finanzielle Ausstattung der von uns geforderten Betriebsdatenschützer und ein Verbot der anlasslosen und massenhaften Video-, Audio und E-Mail-Überwachung von Beschäftigten.

Spitzel-Bahnchef Hartmut Mehdorn musste angesichts der tausendfachen Überprüfung von Bahnangestellten das Unternehmen im März verlassen. Die politisch Verantwortlichen jedoch, wie Bundesinnenminister Schäuble (CDU), dürfen aber weiterhin die Hände vor die Augen schlagen und die Hände des Gesetzgebers in den Schoß legen. Von einem neuen Arbeitnehmerdatenschutzgesetz ist Deutschland auch 2009 noch Meilen entfernt. Angesichts dieser Untätigkeit sollte es die Mehrheit des Bundestages Herrn Mehdorn gleich tun, und ihr letztes Ticket lösen: Endstation Ruhestand.

Verfassungsgericht stoppt Wahlcomputer

Anfang März verkündete das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung, dass der Einsatz von Wahlcomputern verfassungswidrig sei. In der Begründung des Urteils heisst es, auch bei Wahlcomputern müssten Wähler die wesentlichen Schritte einer Wahlhandlung und der Ergebnisermittlung nachvollziehen können. Dies sei aber mit den bisher eingesetzten Geräten nicht möglich.

Das Urteil bestätigt den Kurs von Jan Korte und der Fraktion DIE LINKE, die bereits im Juni 2007 einen Antrag (BT-Drs. 16/5810) in den Bundestag eingebracht hatte, um durch Änderung des Bundeswahlgesetzes den Einsatz von Wahlcomputern und eine Internetwahl künftig zu verhindern. Der Rechtsspruch ist zudem begrüßenswert, da er als Maßgabe für die Zukunft feststellt, dass der Wahlablauf öffentlich sein müsse und nicht in das verborgene Innere eines Geräts verlegt werden dürfe. „Es ist gut, dass das Bundesverfassungsgericht in aller Deutlichkeit klargestellt hat, dass Öffentlichkeit und Kontrolle des gesamten Ablaufs von Wahlen fundamentale Prinzipien der Demokratie sind“, kommentierte Jan Korte, für die Fraktion DIE LINKE Mitglied im Innenausschuss des Bundestags, die Entscheidung.

Nach dem derzeitigen Stand der Technik muss davon ausgegangen werden, dass



Computer regelmäßig versagen und es einen absoluten technischen Schutz vor Manipulationen nicht gibt. Das Urteil ist eine weitere heftige Schlappe für die große Koalition. Deren Vertreter hatten entgegen aller wissenschaftlichen Expertise bis zuletzt auf dem Einsatz von Wahlgeräten beharrt und deren Manipulationsicherheit beteuert.

Dass das Verfassungsgericht nicht für alle Zeiten einen Einsatz von Wahlcomputern ausschließen wollte, ist nachvollziehbar. Allerdings bleiben, auch bei dem vom Gericht ins Spiel gebrachten Einsatz von Wahlgeräten mit zusätzlichem Papierausdruck, grundsätzliche Zweifel bestehen, da auch damit Hardwaremanipulationen nicht zweifelsfrei ausgeschlossen werden können. Doch nur dadurch kann die Legitimität von Wahlen erhalten bleiben.

Datenschutz auf Lobbyistenlinie

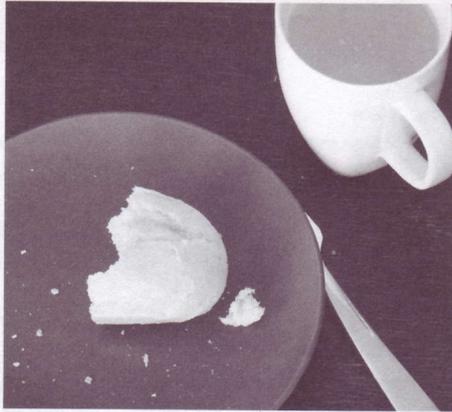
Auf dem Datenschutzgipfel am 4.9.2008 kündigte der Bundesinnenminister, als Reaktion auf die Datenskandale bei LIDL, Telekom oder Deutscher Bahn, ausnahmsweise ein im Grunde positives Gesetzespaket an. Der massenhaften Bespitzelung von Beschäftigten und dem illegalen Handel mit Adress- und Kontodaten, die zum Fingieren von Verträgen und Plündern von Bankkonten missbraucht werden, sollte u.a. durch ein Datenschutzaußengesetz und die Einführung des Permission Marketing (Erlaubnis der Datenweitergabe für Werbezwecke nur mit Betroffeneneneinwilligung), Einhaltung geboten werden. Doch Schäuble hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Mit einer einzigartigen Lobbykampagne versuchen seitdem die Interessenverbände einiger weniger Wirtschaftsbranchen, allen voran die Adresshändler, den überfälligen Paradigmenwechsel beim Datenschutz zu verhindern. Mit dem irrealen Schreckgespenst eines Arbeitsplatzabbaus im Millionen- und dem Verlust von Steuereinnahmen im Milliardenmaßstab wurden die bürgerlichen Parteien auf Linie gebracht. Die angekündigten politischen Konsequenzen werden daher wohl den Kapitalinteressen untergeordnet und die Verbesserung des Datenschutzes erneut auf der Strecke bleiben.

Eiertanz um Freitische

Die Vorgaben durch das Landesschulgesetz sind eindeutig: § 72a verpflichtet die Schulträger Kindern „in besonderen Fällen“ unentgeltlich eine warme Mahlzeit anzubieten. Ein Viertel aller eingeschulten Kinder im Salzlandkreis leben in Sozialleistungsfamilien. Das macht offenkundig, dass gerade an den Grundschulen extremer Handlungsbedarf besteht. Dieses Gesetz ist eine von vielen Maßnahmen bundesweit, die auf eine von den Hartz-Gesetzen geschaffene Armut reagieren. Problematisch ist jedoch, dass das Landesgesetz die Verantwortung an die Kommunen und Landkreise weitergibt ohne dass sich das Land an den finanziellen Folgen beteiligt.

Dass dies aber kein Hinderungsgrund für Kommunen sein muss zeigt, dass das Landratsamt des Salzlandkreises nun eine entsprechende Verwaltungsrichtlinie vorgelegt hat. Eltern, die Arbeitslosengeld II bekommen, einen Kindergeldzuschlag erhalten, Sozialhilfe oder Grundsicherung beziehen oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten können hier jetzt einen Antrag an die Schule richten. Dies ist sehr zu begrüßen und hoffentlich eine Initialzündung für den Rest des Landes. Weitere Kreise sollten sich schnell ein Vorbild nehmen und ähnlich wie DIE LINKE im Kreistag des Salzlandkreises die Debatte um kostenloses Mittagessen vorantreiben.

Da die Kreise nur für die weiterführenden Schulen und Lernbehindertenschulen verantwortlich sind, müssen jetzt auch die Kommunen, als Träger der Grundschulen,



mancherorts auch als Träger der Sekundarschulen, endlich nachziehen.

Das Beispiel Staßfurt, wo Antragstellern von der Stadt nicht einmal ein schriftlicher Bescheid gewährt wurde, zeigt wie stiefmütterlich das Thema bisher behandelt wird und wie würdelos mit Bedürftigen umgegangen wird. Auch dass die dazu vorliegende Stadtratsvorlage der LINKEN sich nicht auf der Tagesordnung des nächsten Stadtrates befindet, ist einfach ignorant. Der Eiertanz, der hier aufgeführt wird, muss endlich ein Ende finden. Wird die Umsetzung der Vorgaben des Landesgesetzes (die immerhin seit 2005 bestehen!) weiter verschleppt, müssen dies am Ende wieder die ALG-II Empfängerinnen und Empfänger ausbaden, diejenigen also, die sowieso schon am meisten unter den sozialpolitischen Kapriolen der letzten Jahre zu leiden haben.

Dagmar Zoschke zur OB-Kandidatin der LINKEN in Bitterfeld-Wolfen gewählt

Die Beteiligung war groß: Mehr als ein Viertel der Mitgliedschaft der LINKEN in Bitterfeld-Wolfen war am Samstag zur Mitgliederversammlung gekommen, um die Kandidatin zu küren.

Neben den Reden des ehemaligen Ortsvorsitzenden Klaus Fettig, des Stadtratsfraktionsvorsitzenden Günter Herder oder des ehemaligen Mitstreiters im Kreistag, Udo Mölle, äußerten sich auch Unterstützerinnen und Unterstützer von außerhalb. So verfolgten der ehemalige Bürgermeister Werner Rauball und der Ortsbürgermeister von Wolfen, Jürgen Lingner, die Beiträge der Landtagsabgeordneten Angelika Hunger sowie von Jan Korte. „Ich verdanke Dagmar unter anderem, dass Sie mir gesagt hat, wie hier der Hase läuft, wie hier mit den Bürgern zu reden ist und ihnen zuzuhören ist“, so Jan Korte in seiner Rede. „Ich unterstütze die Kandidatur voll, wenn auch mit einem weinenden Auge, da ich eine sehr gute Mitarbeiterin verlieren werde“ äusserte sich anschließend Angelika Hunger. Und beide waren sich einig: „Sie kann es, sie schafft es und sie ist die richtige für unsere Bürgerinnen und Bürger in Bitterfeld-Wolfen!“

Einer klaren Wahl bei nur drei Enthaltungen folgte dann ein Meer an Blumen und Glückwünschen an Dagmar Zoschke, die sich für das in sie gesetzte Vertrauen bedankte.

Anhörung zur Rehabilitierung sogenannter „Kriegsverräter“



Auf Jan Kortes Initiative fand Anfang März eine Anhörung der Linksfraktion zur bis heute ausstehenden Rehabilitierung von „Kriegsverrättern“ statt. Zur Anhörung, die von Gregor Gysi eröffnet wurde und an der Vertreter der EKD, der SPD und der grünen Bundestagsfraktion teilnahmen, waren mit Prof. Dr. Wolfram Wette und Dr. Helmut Kramer zwei ausgewiesene Experten zum Thema eingeladen. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau vertrat auf dem Podium Jan Korte, der aufgrund eines kurzfristig anberaumten Operationstermins nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnte.

Ludwig Baumann, ehemaliger Wehrmachtssoldat und Deserteur, schilderte seine damaligen Erlebnisse und berichtete

von seinen jahrelangen Bemühungen um Gerechtigkeit für damalige Soldaten, die sich dem Naziregime widersetzen.

Wer anerkenne, dass das Deutsche Reich den Zweiten Weltkrieg als einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg begonnen hätte, der müsse auch die Leistung derjenigen anerkennen, die sich diesem Krieg verweigert hätten, so Gregor Gysi in seinem Eingangsstatement. Auch Ludwig Baumann äußerte Unverständnis darüber, dass Soldaten, die „den Krieg verraten“ hätten, bis heute noch nicht rehabilitiert seien.

Der Militärhistoriker Prof. Dr. Wolfram Wette stellte dar, dass vor dem Hintergrund der ihm bekannten Fälle nicht nachvollziehbar sei, dass der Bundestag am 17.5.2002 zwar

symbolhaft die Urteile gegen Deserteure aufhob, aber „Kriegsverräter“ explizit von der Regelung ausnahm.

Dr. Helmut Kramer verwies auf die Situation der Verurteilten und deren Familien in den Anfangsjahren der Bundesrepublik: Viele Täter des Dritten Reichs, darunter auch Militärrichter, wurden rehabilitiert und konnten ihren Beruf weiterhin ausüben. Diejenigen jedoch, die sich dem Naziregime entgegengestellt hatten, wurden weiterhin als Verbrecher gebrandmarkt und bis heute nicht rehabilitiert. Nicht nur um den verurteilten „Kriegsverrättern“ und ihren Familien gerecht zu werden, sondern auch um des Selbstverständnisses unserer Gesellschaft willen sei es dringend nötig, eine vollständige, generelle Rehabilitierung durchzusetzen.

Günter Knebel, Vertreter der EKD und Mitglied der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, schloss sich dieser Forderung an und forderte eine schnelle überparteiliche Einigung im Bundestag. MdB Frank Schwabe äußerte sich positiv zu diesem Anliegen und versicherte, die SPD-Fraktion werde sich kurzfristig zu diesem Punkt verhalten. Der grüne MdB Wolfgang Wieland sagte, es sei bekannt, dass seine Fraktion den Antrag der Linksfraktion zur Rehabilitierung sogenannter Kriegsverräter unterstütze.



DIE LINKE im Bundestag hat stets gegen die Diätenerhöhungen der letzten Jahre gestimmt. Trotzdem bekommen die Abgeordneten den erhöhten Betrag ausgezahlt. Jan Korte und seine Fraktionskolleginnen und Kollegen beschlossen daher, die Diätenerhöhung zu spenden. 200 Euro monatlich spenden die Abgeordneten in den gemeinsamen Topf des „Vereins der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V.“, der mit den gebündelten Spenden der linken Abgeordneten auch größere Projekte unterstützen kann, wie z.B. die mit dem alternativen Nobelpreis ausge-

zeichnete Initiative „Medica Mondiale“, die sich für traumatisierte Frauen und Mädchen in Krisengebieten einsetzt. Im Jahr 2008 wurden so 300 regionale und internationale Projekte unterstützt.

Jan Korte spendete zusätzlich zu seinem Vereinsbeitrag 2008 insgesamt ca. 1900,- Euro an Vereine, Verbände und Initiativen in seinem Wahlkreis 72. In diesem Jahr konnten sich die Zerbster Kindertafel, das Tierheim Latdorf sowie die Jugendsparten von Union Sandersdorf und des Anglervereins Plötzkau bereits über Spenden freuen.

Neues Buch von Jan Korte: „Instrument Antikommunismus“

Anfang März ist ein neues Buch von Jan Korte erschienen. Thema von „Instrument Antikommunismus“ ist unter anderem die Verbindung zwischen Antikommunismus und dem Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik von 1949 bis heute.



Der Band bietet eine historisch-politische Darstellung von Inhalt, Form und Gehalt des Antikommunismus in Deutschland. In dem Buch wird dargestellt, wie sich der Antikommunismus entwickelte und nach 1945 zu einem integralen Bestandteil der bundesdeutschen Nachkriegsideologie wurde. Hierzu wird ein Überblick über die Rückkehr der alten NS-Eliten in Staat und Gesellschaft gegeben, der wiederum dezidiert antikommunistisch begründet wurde.

Außerdem findet sich eine Übersicht über die Debatten bis zum heutigen Tag. Dabei wird unterstrichen, dass eine Kritik des Antikommunismus nur von einem antistalinistischen Standpunkt aus betrieben werden kann. Den Abschluss des Buches bildet eine Auseinandersetzung mit rückwärtsgewandter Kritik am Antikommunismus, die die wahren Momente im Antikommunismus – der ihn u.a. so wirksam gemacht hat – nicht beachtet.

Jan Korte: *Instrument Antikommunismus - Sonderfall Bundesrepublik*. Dietz Berlin 2009

Impressum

ViSdP: Jan Korte, MdB

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Dominic Heilig, Philipp Vergin, Rita Kiesbauer, Jeremy Krstić, Hendrik Rohde, Jörg Lemmert.
Redaktionsschluss: 31.3.2009

Anschrift

Jan Korte, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 71101
Fax: 030 / 227 76201
E-Mail: jan.korte@bundestag.de
Internet: www.jankorte.de

- Ich will »Korte konkret« künftig per Post erhalten
- Ich möchte den wöchentlichen Newsletter abonnieren (bitte Mail angeben)
- Ich möchte mich im Wahlkampf engagieren: Kontaktiert mich per Telefon oder Mail

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

PLZ, ORT

E-MAIL / ggf. TELEFON

Für Sie da: Die Bürgerbüros von Jan Korte

Büro Berlin

Jan Korte, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 22 77 11 01
Fax: 030 / 22 77 62 01
jan.korte@bundestag.de
www.jankorte.de

Bürgerbüro Bernburg

Kleine Wilhelmstraße 2b
06406 Bernburg
Tel.: 034 71 / 62 29 47
Fax: 034 71 / 62 29 47
jan.korte@wk.bundestag.de

Für Sie da: Jörg Lemmert

Bürgerbüro Bitterfeld-Wolfen

Kirchstr. 2
06749 Bitterfeld-Wolfen
Tel.: 034 93 / 40 15 94
Fax: 034 93 / 82 49 57
bitterfeld@jankorte.de

Für Sie da: Hendrik Rohde

Bürgerbüro Köthen

Friedrich-Ebert-Str. 22
06366 Köthen
Tel.: 034 93 / 40 15 94
Fax: 034 93 / 82 49 57
koethen@jankorte.de

Für Sie da: Hendrik Rohde